



Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.

Beratungsbüro:
Bürgerbüro Falkenhagener Feld
Westerwaldstraße 9
13589 Berlin

Pressemitteilung 15/2017

Postanschrift:
AMV - Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.
Pillnitzer Weg 35
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: information.amv@gmail.com

www.mieter-verbraucherschutz.berlin

Wer schützt die Mieter vor den börsennotierten Wohnungsunternehmen?

Neue Studie: Das Verhältnis der börsennotierten Unternehmen zu ihren Mietern ist angespannt und konfliktbeladen. Die Deutsche Wohnen lässt sich nicht auf Kompromisse ein und ficht Streitigkeiten mit den Mietern vor Gericht aus. Die Politik ist gefordert.

Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu börsennotierten Wohnungsbauunternehmen

Eine neue Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass das Verhältnis der börsennotierten Unternehmen zu ihren Mietern als angespannt und konfliktbeladen bezeichnet werden kann (Quelle: BBSR-Online-Publikation Nr. 01/2017: Börsennotierte Wohnungsunternehmen als neue Akteure auf dem Wohnungsmarkt – Börsengänge und ihre Auswirkungen). Bei den Betriebskostenabrechnungen gebe es mit allen börsennotierten Anbietern häufig Auseinandersetzungen. Unternehmen mit einer aktiven Modernisierungsstrategie hätten außerdem Konflikte um modernisierungsbedingte Mieterhöhungen zu bewältigen. Zudem ließen sich organisatorische Mängel im Hinblick auf Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Reaktionsgeschwindigkeit bei den Unternehmen feststellen. Auf der Seite 139 der Studie heißt es wie folgt: "Hinsichtlich der Konfliktbereitschaft der Unternehmen sind Unterschiede erkennbar, so in Berlin zwischen der Deutsche Wohnen und der Vonovia. Die Deutsche Wohnen lässt sich nicht auf Kompromisse ein und ficht stattdessen Streitigkeiten mit den Mietern vor Gericht aus. Besonders mit der Tochter GSW seien Kompromisslösungen vor- und außergerichtlich schwer zu erreichen. Die Vonovia fordert zwar Mietrückstände und speziell Nebenkostenrückstände in Berlin

Vorstand: 1. Vorsitzender RA Uwe Piper, 2. Vorsitzender Ass. jur. Marcel Eupen

Vereinsregister: Amtsgericht Charlottenburg - VR 33611 B

Gerichtsstand: Amtsgericht Spandau, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 27/660/64338

Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN: DE05100100100850579106, BIC: PBNKDEFF

konsequent ein, klagt in diesen Fällen aber seltener als die Deutsche Wohnen. Die Vonovia hat außerdem angekündigt, sich an den Berliner Mietspiegel halten zu wollen, während die Deutsche Wohnen als einziges Unternehmen massiv gerichtlich gegen den Mietspiegel vorgeht."

Kommentar des AMV

„Der AMV - Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. ist über das Ergebnis der Studie nicht überrascht; vielmehr ist dieses erwartungsgemäß und deckt sich mit unseren täglichen Erfahrungen", sagte der 1. Vorsitzende des AMV, RA Uwe Piper. „Das Ergebnis der Studie ist die Folge einer rein renditeorientierten Unternehmensstrategie der börsennotierten Unternehmen", meint Piper. „Die Deutsche Wohnen beispielsweise erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2015 einen Vorsteuer-Gewinn von 384 Millionen Euro", erläutert Piper und ergänzt: „Im Geschäftsbericht der Deutsche Wohnen 2015 heißt es: "Der Fokus in der Bewirtschaftung liegt (...) auf der Optimierung der Mieterlöse. Daher werden im Rahmen der baulichen Unterhaltung laufend mögliche Maßnahmen mit Mietsteigerungspotenzial geprüft." „So erklärt sich auch, dass die Deutsche Wohnen sich nicht gerne auf Kompromisse einlässt und Streitigkeiten mit den Mietern meist vor Gericht ausficht oder dass sie massiv gerichtlich gegen den Mietspiegel vorgeht", so Piper. „Wir fordern eine unverzügliche Unterstützung durch die Politik auf Bundes- und Landesebene, damit Mieter endlich besser vor börsennotierten Unternehmen geschützt werden, denn Wohnen ist nach Art. 28 Abs. 1 der Verfassung von Berlin ein Grundrecht, das vom Berliner Senat zu schützen und durchzusetzen ist", so Piper. „Die Rechtsstellung der Mieterinnen und Mieter muss umfassend verbessert werden", fordert Piper. „Es ist dringend erforderlich, die Mietpreisbremse umzubauen, die Mieterhöhung nach Modernisierungen und die Regelungen für Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete müssen sozialer gestaltet und der Kündigungsschutz muss gestärkt werden", konkretisiert Piper.

Berlin, den 02.02.2017

Ass. Marcel Eupen, Pressesprecher des AMV